Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der illustrierten Unterhaltungsbeilage „Neben Blüten, Alltag", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.96 M., wöchentlich 46 Pf. Trägerlohn. Postbezug 1.96 M zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25281 und 12281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 30 mm breite Nonpareille-Zeile 36 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 200 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 4% Preis-Rabatt. Für Arbeitslose 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 14 | Dresden, Freitag, den 17. Januar 1930 | 41. Jahrgang

Die Ergebnisse im Haag

Fortschritte der Verständigungspolitik - „Sanktion" einfach gelöst - Einigung über die Mobilisierung

Die Verhandlungen im Haag stehen nun vor ihrem Ende, und trotz allen Quertreibereien des Demokraten a. D. Schacht und seiner Freunde aus dem Hugenberg-Hitler-Lager wurde in allen Punkten eine Einigung erzielt. Einen erheblichen Teil der im Haag verbrachten Zeit hätten die dort versammelten Staatsmänner nützlicher verwenden können, wenn man sich nicht über eine Frage gestritten hätte, die besser überhaupt gar nicht aufgeworfen worden wäre, nämlich über das Sanktionsproblem. Man wechselte schließlich sehr wortreiche Noten miteinander, aber was da festgestellt wurde, das hätte auch festgestanden, wenn kein Wort über die Sanktionsfrage gesprochen worden wäre. Selbstverständlich würden es sich die Gläubigerstaaten unter keinen Umständen gefallen lassen, wenn es etwa einmal einer Hugenberg-Regierung einfiele, ohne ausreichende Begründung den Young-Plan einfach zu brechen.

Vorläufig hat Hugenberg auch keine Aussicht, in Deutschland zur Herrschaft zu kommen, und wenn die Hugenberg-Regierung da wäre — nun, wir haben mit unseren echt deutschen Männern so mancherlei Erfahrungen gemacht. Der Young-Plan war ihnen gerade recht als Mittel, um ihr innerpolitisches Geschäft zu beleben, aber die Courage, es auf einen ernsthaften Kampf gegen die Gläubigerstaaten ankommen zu lassen, haben diese Leute nicht. Schließlich hat die Deutschnationale Partei dadurch, daß sie sich zur rechten Zeit in zwei Hälften teilte, die Annahme des Dawes-Planes ermöglicht, und als die Deutschnationalen in der Regierung saßen, machten sie keinen ernsthaften Versuch, die Fortführung der Verständigungspolitik Stresemanns zu verhindern.

•

Die Bank für internationale Zahlungen wird in kurzer Frist das Licht der Welt erblicken, und die Reichsbank wird sich trotz Schacht an ihrer Gründung beteiligen. Sollte Schacht nicht inzwischen, wie es dringend zu wünschen wäre, seiner Wege gegangen worden sein, so wird er vermutlich zu den Verwaltungsratsmitgliedern dieser Bank gehören. Die Bank für internationale Zahlungen soll zunächst die Aufgabe übernehmen, die der Reparationsagent bisher zu erfüllen hatte, sie soll die deutschen Zahlungen in Empfang nehmen und verteilen, und die deutsche Regierung bei der Durchführung der Uebertragungen ihrer Zahlungen an die Gläubigerstaaten unterstützen.

Die Sachverständigen, die in Paris den Plan der internationalen Zahlungsbank schufen, haben freilich noch weitergehende Absichten mit ihrem Vorschlag verfolgt. Die Bank für internationale Zahlungen soll eine Art Zentralbank der Notenbanken werden, die auch dem Kapitalausgleich zwischen den einzelnen Ländern dient. Mehrere bekannte Bankfachverständige, die in der Frankfurter Zeitung zum Worte kamen, vertraten die Meinung, daß die neue Bank keine Aufgaben zu erfüllen vermöge, die nicht auch im wesentlichen ohne ihre Gründung gelöst werden könnten. Man wird abwarten müssen, wie sich die Tätigkeit der neuen Bank entwickelt. Die Arbeiterschaft kann jedenfalls dagegen nichts haben, daß hier eine neue Organisation für internationale Zusammenarbeit geschaffen wird, wenn auch selbstverständlich in dieser Bank der Geist des Kapitalismus herrschen wird. Leider ist nicht dafür gesorgt, daß auch die Arbeiterschaft den ihr gebührenden Einfluß auf diese neue internationale Bank erhält. Die Arbeiterparteien in den einzelnen Ländern müssen versuchen, durchzusetzen, daß als Vertreter ihres Landes auch Vertrauensmänner der Arbeiterklasse in die Verwaltung der Bank entsendet werden.

•

In den letzten Stunden der Konferenz beschäftigte man sich mit der sogenannten „Mobilisierung" der deutschen Zahlungsverpflichtungen, an der ja besonders Frankreich so stark interessiert ist. Frankreich ist für den Gedanken einer Revision der deutschen Verpflichtungen nur deshalb verhältnismäßig leicht zu gewinnen gewesen, weil es darauf hofft, daß durch die Aenderung der deutschen Reparationsverpflichtungen diese Mobilisierung möglich wird, das heißt, daß man dann Anleihen würde ausgeben können, die durch die deutschen Zahlungen verzinst und getilgt werden. Für Deutschland hat die Ausgabe einer größeren Reparationsanleihe deswegen ihre Gefahren, weil dadurch möglicherweise Deutschland der Zugang zum ausländischen Kapitalmarkt gesperrt oder wenigstens erschwert wird. Auch hier ist eine Einigung erzielt. Wichtig für Deutschland ist, daß sowohl der Reichsbahn wie der Reichspost Anleihen gegeben werden sollen, und daß auch die Durchführung der Kreuger-Anleihe nicht unmöglich wird.

Auch wenn der Young-Plan, woran jetzt kein Zweifel sein kann, in Kraft tritt, bleiben die deutschen Lasten sehr schwer. Aber gegenüber den Zahlungen, die wir auf Grund des Dawes-Planes zu leisten hätten, werden zunächst rund 700 Millionen Mark im Jahre gespart. Zwar steigen dann unsere Zahlungsverpflichtungen allmählich wieder bis über 400 Millionen Mark im Jahre, aber nach dem Dawes-Plan haben wir schon jetzt 2500 Millionen Mark zu zahlen, und wir müßten damit rechnen, daß sich diese Summe im Laufe der nächsten Jahre noch um einige hundert Millionen Mark erhöht. Freilich muß dafür Deutschland die Verantwortung für den sogenannten Transfer, das heißt für die Uebertragung der deutschen Zahlungen nach dem Ausland, übernehmen. Nach dem Dawes-Plan hatte Deutschland seine Pflicht erfüllt, wenn die vereinbarten Zahlungen an den Reparationsagenten geleistet waren. Aber während man zunächst auf den im Dawes-Plan vorgesehenen Transferschutz großen Wert gelegt hatte, mußte man sich jetzt immer mehr davon überzeugen, wie fraglich es ist, ob mit diesem Transferschutz Deutschland wirklich viel gedient wäre.

Niemand kann heute mit Sicherheit sagen, ob es Deutschland möglich sein wird, wie es vorgesehen ist, Jahrzehnte hindurch die vereinbarten großen Zahlungen an seine Gläubiger zu leisten. Die Verpflichtungen auf Grund des Dawes-Vertrags haben wir zum guten Teil mit Hilfe ausländischen Kapitals erfüllt. Auf die Dauer aber wird wahrscheinlich die Erfüllung unserer Reparationsverpflichtungen weltwirtschaftlich nur möglich sein, wenn wir erhebliche Ueberschüsse unserer Ausfuhr über unsere Einfuhr erzielen. Unsere Ausfuhr ist im Steigen, ob sie aber einmal so groß wird, wie es zur dauernden Erfüllung des Young-Planes notwendig ist, hängt nicht nur von der Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie, sondern auch von dem Willen der andern ab, deutsche Waren in ihr Land hineinzulassen.

Das Zustandekommen des Young-Plans bedeutet trotz alledem einen wichtigen Fortschritt auf dem so schweren Wege der Verständigungspolitik, den Deutschland seit Jahren geht, und den die Sozialdemokratie stets für den

Stalin befiehlt Generalstreik

Die kommunistische Blutschuld

Die Toten von Worms und von Hartmannsdorf genügen den Kommunisten noch nicht. Moskau muß noch mehr Blut sehen. In der kommunistischen Presse werden weitere Aktionen und Demonstrationen angekündigt. Für 1. Februar wird in Berlin eine „Riesendemonstration" vorbereitet, für Hamburg zum gleichen Tage ein „Hungermarsch". In Neukölln ermuntert die „Rote Fahne" irregeleitete Jugendliche zum Barrikadenbau; von den Arbeitern in den Betrieben werden einstündige Massenstreiks gegen die „Blutbäder in Neukölln und in Hartmannsdorf" gefordert, gegen blutige Ereignisse also, an denen die kommunistischen Drahtzieher hauptschuldig sind. Das Ziel dieser kommunistischen Einzelaktionen ist der „politische Massenstreik". Täglich kann man es in der Roten Fahne lesen, und das Blatt handelt damit nach den Weisungen von Moskau. Auf der zehnten Tagung des Exekutivkomitees der Dritten Internationale wurde verkündet:

„Das Problem des politischen Massenstreiks ist für die kommunistischen Parteien jetzt das entscheidende Problem. Wir würden aber keine Kommunisten sein, wenn wir nicht verstünden, daß sich die steigende revolutionäre Welle in einem bestimmten Stadium, und zwar nicht in einer weit entfernten Zukunft, in höhere Formen des revolutionären Kampfes verwandeln kann. Daher entsteht vor uns heute mit aller Schärfe die Frage nach einer solchen Losung des revolutionären proletarischen Kampfes, die in maximaler Weise den Zusammenschluß der zersplitterten Aktionen in eine revolutionäre Klassenfront des Proletariats fördert. Dies brachte uns auf der gegenwärtigen Etappe zur Losung des politischen Massenstreiks. Wir hätten diese Losung nicht aufstellen können, wenn wir uns nicht in einer Periode des Aufschwunges befänden."

Unter einer Periode des Aufschwungs verstehen unsere Moskauer: Elend und Massenarbeitslosigkeit. Nun versuchen sie die Moskauer Parole in die Praxis umzusetzen — ganz gleich, ob die politische Situation einen Erfolg möglich macht oder nicht. Ein politischer Massenstreik, wie ihn die KPD. auf Stalins Weisung anzustreben hat, muß ein greifbares, sichtbares, die Massen bewegendes Ziel haben. Im alten Deutschland wurde gelegentlich der Massenstreik zur Erkämpfung des freien Wahlrechts erwogen. Ein großes, allgemeines Objekt, das die breiten Massen des arbeitenden Volkes erregte und bewegte. Trotzdem erklärten sich selbst die radikalen Teile der deutschen Sozialdemokratie nicht für einen Massenstreik, weil man wußte, daß das wilhelminische Deutschland nur darauf lauerte, ein Blutbad unter den Arbeitern anzurichten. Heute einen Massenstreik zur Erkämpfung des Siebenstundentages oder einer Lohnerhöhung — wie das die Flugblätter und die Zeitungen der KPD. fordern — zu inszenieren, heißt das Proletariat in eine sichere Niederlage führen. **Denn in einer Zeit der Massenerwerbslosigkeit lauert das Unternehmertum nur auf einen Anlaß, die organisierten Arbeiter aufs Pflaster zu werfen.** Worauf dann ja die „revolutionären Unorganisierten", die neueste Kerntruppe der Kommunisten, die Plätze der Organisierten einnehmen könnten.

Außerdem brauchte ein Massenstreik eine erheblich breitere Ausdehnung, als das bißchen KPD. sie heute schaffen kann. Zu einem solchen Kampf würden schon die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die Massen der Sozialdemokratie gehören. Die aber halten eine solche Parole gegenwärtig für unsinnig. Nicht darin besteht das Verbrechen der KPD., daß sie für einen Massenstreik schwärmt; nein, der wird immer die letzte und höchste Waffe des Proletariats bleiben. Das kommunistische Verbrechen besteht darin, daß man einer Moskauer Parole wegen blutige Krawalle zu provozieren sucht, trotzdem die große Masse der organisierten Arbeiter gegen diese Provokationen, gegen diese Massenstreikparole ist, wodurch das kommunistische Gewürge von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt bleibt.

Das Verbrecherische besteht in der Leichtsinnigkeit und Gewissenlosigkeit, mit der sinnlose Blutopfer gebracht, sinnloses Blutvergießen angestrebt werden. Moskau braucht Unruhen — und die kommunistischen Ponzen werden von Moskau bezahlt!

(Weitere Meldungen siehe Seite 2.)

Karikatur des Auslandes

(Zu den blutigen Demonstrationen der Kommunisten)

Moskau will Tote sehen!

(Aus „Rocznisaler", Krakau)